

MBI INFORMIERT

MÜLHEIMER BÜRGER-INITIATIVEN

UNABHÄNGIGE WÄHLERGEMEINSCHAFT Nr. 7-02/18

MBI-Geschäftsstelle

Kohlenkamp 1,
45468 Mülheim

Tel. 0208 - 3899810

Fax 0208 - 3899811

e-mail: mbi@mbi-mh.de

<http://www.mbi-mh.de>

Denk ich an Deutschland in der Nacht, bin ich um den Schlaf gebracht!

Denk ich an Mülheim am Tage, ich keine Prognose mehr wage!

Die Regierungs- oder sogar Staatskrise in Deutschland, dem gewichtigsten Land der EU, dauert schon bald ein Jahr und ein Ende ist nicht absehbar. Fast jeden Tag kommen weitere Hiobsmeldungen dazu wie zuletzt die Abschiebung des Top-Gefährders Sami A., vom Verwaltungsgericht Gelsenkirchen zum x-ten Male nicht erlaubt. Man könnte glauben, Deutschland wolle sich mit allen Mitteln selbst wehrlos machen. Und die politische Kaste sowie ihre folg samen Medien ereifern sich in nutzlosem, weltfremden Gezänk. Auch die Gerichte folgen meist und vergrößern nur das bereits orientierungslose Chaos. Der weitere Zerfall der EU scheint zudem kaum mehr aufhaltbar und die Weltwirt schaft steuert nach und nach in Richtung Rezession, ob wegen oder trotz Trump ist nebensächlich. Doch bevor der wirtschaftliche Abschwung die Verteilungskämpfe demnächst deutlich verschärfen wird, zerfallen nicht nur die ehemaligen Volksparteien, auch die vorher hoch entwickelte deutsche Zivilgesellschaft löst sich in immer mehr Bestandteile auf, bedroht auch noch von immer mehr Parallelgesellschaften und immer weniger allgemein verbindlichen und anerkannten Regeln. Kurzum: **Ein Vorgeschmack von Weimar liegt in der Luft!**

Mit am weitesten fortgeschritten scheint dabei wieder einmal Mülheim zu sein, denn hier haben die Selbstzerstörungstendenzen ein bedenkliches Ausmaß angenommen! Die mutwillige VHS-Zerstörung, die schier hoffnungslose Zerrüt tung der Stadtfinanzen, die hochnotpeinliche OB-"Affäre", die Thyssenbrücke, die blinde Bauwut, das nicht enden wollende Verkehrschaos usw. wird komplementiert mit einem bedenklich geistigen Dauertiefflug der sog. "Politik", die von einer fast verselbständigten Verwaltung ein ums andere Mal vorgeführt wird, um als Prügelknabe zu dienen. Auch die lokalen Medien spielen häufig eine eher unrühmliche Rolle. WAZ/NRZ tun sich selbst bei einer Angelegen heit wie dem großen Zulauf zum Bürgerbegehren für den VHS-Erhalt sehr schwer, einfach nur neutral zu berichten.

Bürgerbegehren zum Erhalt der VHS in der MüGa mit Riesenzwischenerfolg!

An alle Unterstützerinnen und Unterstützer für den Erhalt unserer VHS in der MüGa, wir haben die erste Runde sehr gut geschafft! Danke an alle, die Unterschriften für das Bürgerbegehren gesammelt, selbst unterschrieben, die Info-Hütte besetzt und tausende Gespräche mit unseren Mitbürgern geführt und vieles mehr an Unterstützung gegeben



haben! Am 13. Juli sind dem OB Scholten 9.415 Unterschriften für das Bürgerbegehren in Anwesenheit vom WDR, Radio MH, WAZ überreicht

worden. Wir haben bis jetzt 9.850 Unterschriften und bitten auch alle Unterschriftenlisten aus den Geschäften, Praxen, Vereinen, Gaststätten usw. abzuholen und im MBI-Büro abzugeben. Diese werden noch an den OB weitergeleitet. Mehr auf Seite 2



Auf den folgenden Seiten:

- Wie weiter nach dem Riesenzwischenerfolg des Bürgerbegehrens zum VHS-Erhalt! S. 2
 - Stadt kümmert sich endlich doch um die gefährdeten Ruhrauen! *Flächenverkaufsorgien ein wenig gestutzt, dennoch* Die knauserige Sparkasse und ihr Aufsichtsrat aus Stadtpolitikern und: **Die Weltbevölkerung wächst und wächst und wächst** alles auf S.3
 - Mülheim erneut Vorreiterstadt bei der Selbstaufgabe von Demokratie und Rechtsstaat?..... S. 4
- Einlegeblatt: OB-"Affäre"** oder: Wenn der Stadtrat den Rest an Würde einbüßt

Lasst die Mülheimer Bevölkerung entscheiden, ob das denkmalgeschützte VHS-Gebäude am Rande der MüGa in Zukunft wieder als Volkshochschule genutzt werden soll oder ob das Denkmal durch Untätigkeit mutwillig zur Ruine gemacht werden soll!



Riesenzwischenerfolg des Bürgerbegehrens zum VHS-Erhalt!

Die Bürgerinitiative "Erhalt unserer VHS in der MüGa" hat im Mai ein Bürgerbegehren gestartet, womit der Verkauf des VHS-Grundstücks verunmöglicht und die zukünftige Nutzung des VHS-Denkmal als Volkshochschule gesichert werden soll. Bis Mitte Juni wurden bereits über 4400 Unterschriften in der MBI-Geschäftsstelle abgegeben, die unvollständigen nicht mitgezählt. Das war bereits bis dahin beeindruckend! Am 13. Juli zu Beginn der Sommerferien wurden 9415 Unterschriften beim OB eingereicht. Ca. 6700 gültige Unterschriften werden benötigt. **Der Riesenerfolg in nur knapp über 2 Monaten ist nicht zuletzt auch deshalb so beeindruckend, weil das Ganze ohne Unterstützung durch die lokalen Medien geschah!** Die Geschichte mit der VHS-Schließung und versuchten –Zerstörung ist ein Riesenskandal. Das sehen viele Mülheimer genauso und nur deshalb haben sie sich so zahlreich aktiv an dem Bürgerbegehren beteiligt.



Von 18. Juni bis 14. Juli stand eine Holzhütte für das Bürgerbegehrenauf dem Kurt-Schumacher-Platz vor dem Forum. Am 14.7.18, machte die BI vor dem Forum an der Hütte ein kleines Fest als Dankeschön an die Bevölkerung für die zahlreiche Unterstützung zum VHS-Erhalt. Weil wir keine Frist für dieses Bürgerbegehren beachten müssen, können wir theoretisch auch noch Listen nachreichen, denn es sind inzwischen weitere über 400 Unterschriften nach Abgabe eingetroffen, macht zusammen **über 9850 Unterschriften von Mülheimer/innen, die ihre Volkshochschule wiederhaben wollen, ohne Wenn und Aber!**

Wie geht es nun weiter?

Die Stadtverwaltung prüft die Unterschriften auf Gültigkeit, wird aber kaum unter die nötige Zahl von 6700 kommen können, selbst bei bösem Willen. Dann erstellt die Verwaltung eine Beschlussvorlage für die folgende Ratssitzung, voraussichtlich am 30. August. Als erstes wird der Rat abstimmen müssen, ob er das Begehren für zulässig erachtet. Die Verwaltung wird vorschlagen, für Unzulässigkeit zu stimmen, was sie bisher fast immer getan hat. Folgt die Ratsmehrheit der Verwaltung, wird die BI zeitnah Klage dagegen beim Verwaltungsgericht einlegen. Die Chancen stehen zweifelsohne gut, ähnlich wie beim letzten Mal zur HS Bruchstr., als das VG die Mülheimer Verwaltungsmeinung in Bausch und Bogen für falsch beurteilte.

Folgt aber die Ratsmehrheit nicht der Verwaltung und stimmt für Zulässigkeit, so muss der Rat dann als nächstes darüber entscheiden, ob er sich dem Anliegen des Bürgerbegehrens anschließt oder nicht. Folgt der Rat dem Bürgerbegehren, gilt dies wie ein Ratsbeschluss und die Verwaltung muss es umsetzen.

Schließt die Ratsmehrheit sich dem Anliegen des Bürgerbegehrens nicht an, muss innerhalb von 3 Monaten ein Bürgerentscheid zu der Frage des BB durchgeführt werden, d.h. ein Urnengang ähnlich einer Kommunalwahl mit Briefwahl, Wahlbüro im Rathaus und Wahllokalen im gesamten Stadtgebiet.

Zur Frage ***"Sollen VHS-Grundstück und -Gebäude in der MüGa in Eigentum und Besitz der Stadt Mülheim bleiben und der VHS-Betrieb dort wieder aufgenommen werden?"*** können die Bürger auf dem Wahlschein Ja oder Nein ankreuzen.

Kreuzen dann mehr als 10% der Kommunalwahlberechtigten (ca. 13.500) Ja an, gilt der Entscheid als gewonnen – falls nicht noch mehr Wahlberechtigte Nein ankreuzen, was aber in der Frage über den VHS-Erhalt als sehr unwahrscheinlich anzusehen ist.

Stadt kümmert sich endlich doch um die gefährdeten Ruhrauen!

Zur Erinnerung WAZ vom 11.6.18: "**Vandalismus und Vermüllung: MBI fordern erfolglos mehr Schutz für Saarner Ruhrauen - Die MBI fordern im Ausschuss für Bürgerangelegenheiten, Sicherheit und Ordnung mehr Schutz für die Natur. Eine Mehrheit finden sie dafür nicht.**" Nur 1 Monat später: WAZ vom 15.7.18: "**Freizeit an der Ruhr - Stadt greift gegen Umweltsünder in Saarner Ruhraue durch - ... Falschparker, illegale Angler, Störer im Naturschutzgebiet, nicht angeleinte Hunde und grölende Betrunkene gehäuft. Erfahrungen zeigen: Sobald es wärmer wird, nehmen jedes Jahr auch die Probleme in den Ruhrauen zu.....**" Wermutstropfen aber ist die manipulative Berichterstattung der WAZ, die schrieb: "**Die Stadt hat dabei die Rückendeckung der Politik, die Taten gefordert hatte.**"



Flächenverkaufssorgen ein wenig gestutzt, dennoch ...

Dem irrwitzigen Vorhaben des Kämmersers, Haushaltssanierung über "expansiven" Flächenverkauf zu bewerkstelligen, folgte der Rat in einigen Punkten doch nicht. Von den 10 vorgesehenen Gewerbeflächen kamen die Punkte Schürfeld (ex-Hundeplatz gegenüber dem Flugplatz) und Winkhausen (im Grünzug B) zum Glück nicht durch. Von den ersten 13+1 Flächen für Wohnungsbau fand zuerst der Mendack-Extrawunsch Schlippenweg keine Mehrheit und auch der Friedhof Holthausen sowie die Grünfläche Virchow-/Sammelweisstr. wurden mit knappen Mehrheiten abgelehnt. Es verbleiben dennoch 8+11=19 Flächen, darunter eine Reihe sehr bedenklicher Grün- und Freiflächen wie am Lönsweg, der Gertrudstr., der Beckstadt-/Ludwigstr. oder Saarner Str./Holzstr. !

Demnächst will Herr Mendack noch ein weiteres Flächenverkaufsprogramm auflegen, wo dann auch noch u.a. die Gärten an der Holzstr. und evtl. auch an der Kampstr. für Wohnungsbau verhökert werden sollen! Man kann nur hoffen, dass das absehbare Abflauen der überhitzten Immobilienspekulation den ganzen Orgien ohnehin ein Ende bereiten wird.

Die knauserige Spk. und ihr Aufsichtsrat aus Stadtpolitikern

 Gut für Mülheim.

Nur mit hauchdünner Mehrheit folgte der Stadtrat dem Ansinnen von Sparkassen- Vorstand und -Verwaltungsrat, wieder einmal keinen einzigen Cent des Jahresgewinns an die Stadt auszuschütten. **Der Verwaltungsrat der Sparkasse, in dem vor allem Vertreter des Stadtrates sitzen, hatte erneut einstimmig den Beschluss gefasst, dem Stadtrat zu empfehlen, dass der Jahresgewinn von knapp einer Million Euro komplett der Sicherheitsrücklage zugeführt werden soll.** Der Stadtrat folgte mit knapper Mehrheit von 24 zu 22 Stimmen von SPD, FDP und den drei CDU-Politikern Tilgner, Michels und Oesterwind. Die Argumente dagegen sind bekannt, nicht zuletzt die Beibehaltung von 3 Vorstandsposten mit üppigen Gehältern höher als das Einkommen der Bundeskanzlerin. Aber auch die hochtrabenden, millionenschweren Umbaupläne für die ausgesprochen großzügige Spasskassen-Zentrale am Berliner Platz von Ende der 80er Jahre müssen nicht wirklich sein. Beim Neubau damals wurde das Gebäude oft auch als "Palazzo Prozzo" titulierte, nicht gerade zu Unrecht. Bei der Sparkasse gibt es die mit Abstand höchsten Sitzungsgelder für Verwaltungsrat, im Schnitt bereits für "normale" Mitglieder pro Jahr über 5mal so viel wie etwa für den medl-Aufsichtsrat. (Die schüttete übrigens in den letzten Jahren jährlich jeweils zwischen 5 und 10 Mio. € an die Stadt aus!).

Die Sparkasse hat viele Millionen in ihrer Stiftung "geparkt". Da können dann auch die Politiker im Verwaltungsrat Wohltaten mit verteilen, z.B. von den vielen Millionen, die der Feuerwehr-Deal der Sparkasse in Kooperation mit MWB und Hofmeister einbrachte, bezahlt von der Stadt bzw. den Bürgern direkt oder indirekt.

Die Weltbevölkerung wächst und wächst und wächst

Der Internationale Weltbevölkerungstag der UN war am 10. Juli. Er soll auf die immensen Herausforderungen aufmerksam machen. Doch kaum ein Medium wollte darüber berichten. **Warum auch, es ist und bleibt das mit Abstand wichtigste Thema.** Zu den bereits 7,64 Milliarden kommen pro Sekunde 2,6 Menschen hinzu. Allein im zurückliegenden Jahr wuchs die Bevölkerung auf der Erde um 83 Millionen Menschen (1x Deutschland!). Öffentliche Diskussionen und weitreichende Programme wie noch in den 70er und 80er Jahren bis hin zur Rio-Konferenz 1992 sind völlig out. Der Erde selbst wird es auf Dauer egal sein!

Mülheim erneut Vorreiterstadt bei der Selbstaufgabe von Demokratie und Rechtsstaat?

Man muss sich ernsthaft Sorgen machen um unsere Stadt. Scharfmacher wie Hartmann, Mendack, Ernst & Co. haben das gesamte Niveau noch weiter gesenkt und die Stadt in eine ausweglose Situation gebracht, denn

- Tritt der OB zurück, hat die hoffnungslos überschuldete Stadt ein Riesenproblem, denn ein OB-Wahlkampf würde höchstens zu noch mehr Zerstrittenheit und ins Nichts führen. Es sei denn, ein großer Zampano fiele vom Himmel oder würde von irgendwo her auftauchen, der das große Aufräumen verspricht und dann die Stadt erst richtig spaltet und der Demokratie erst recht den Rest gibt.
- Tritt der OB nicht zurück, wird es länger dauern, bis die Stadt wieder in geordnetere Bahnen kommen kann. Er selbst hat zwar versprochen, mit „seinen“ beiden Dezernenten wieder vertrauensvoll zusammenarbeiten zu wollen, von beiden kam aber bisher keine Andeutung, das ebenfalls versuchen zu wollen.

Nur soviel noch: Ein OB-Abwahlverfahren bei einem von der Bevölkerung gewählten OB ist sehr schwierig, schon garnicht mit den bisher ins Feld geführten Lapalien, das scheinen die Antreiber zu wissen. Also versuchen sie mit aller Macht, Herrn Scholten so fertig zu machen, bis er aufgibt und zurücktritt. Das ist menschlich gesehen niederträchtig, schwer demokratieschädigend und für das Allgemeinwohl tödlich. Erschreckend auch:

- 1.) Wieso hat ex-Ministerpräsidentin Kraft sich bisher anscheinend völlig rausgehalten, anstatt ihre Autorität zu nutzen, um den heillos zerstrittenen eigenen Ortsverband zumindest zum Runterkochen zu bewegen? Sie hätte nicht einmal den Unterbezirksvorsitzenden stützen müssen. Aber nur schweigen? Unverständlich!
- 2.) Was nur ist in die Lokalredaktion der WAZ gefahren, sich derart aktiv an der Hetzjagd beteiligen?

Mülheim war 1933 schon mal Vorreiterstadt im Ruhrgebiet!

Zur Endzeit der Weimarer Republik wurden die Parlamente oft nur noch als Schwatzbuden dargestellt. Politik wurde meist über Ermächtigungsgesetze und dauernde Neuwahlen gemacht. Auch deshalb war der Übergang zur Nazi-Diktatur ohne große Brüche fließend, denn Bürokratien arbeiten zumeist nahtlos weiter und für jeden. Und dann konnten die Nazis Stück für Stück ihre Schreckensherrschaft auf- und ausbauen und das ganze Land für ihren totalen Krieg und die Judenvernichtung umbauen. Große Teile der Bevölkerung weinten der zerstörten Demokratie keine Träne nach, weil die sich vorher oft selbst lächerlich gemacht hatte. Kommunalwahlen gab es bei den Nazis bald auch keine mehr, Stadträte wurden von der örtlichen NSDAP-Gauleitung bestimmt.

Man kann nur hoffen, dass es soweit nie mehr kommt. Demokratie ist vor allem erlebbar in den Kommunen. Hoffentlich stellt Mülheim nur einen Ausreißer dar und wird nicht erneut Vorreiterstadt!



Aus Mülheimer Stadtarchiv unter *"Die nationalsozialistische Machtergreifung"*
In Mülheim legten die Nationalsozialisten in der Kommunalwahl vom 12. März 1933 erheblich zu, verfehlten jedoch knapp die absolute Mehrheit. Von 51 Sitzen im Stadtrat erhielten sie 25. Die anderen 26 Sitze gingen an Zentrum (9), Kampffront Schwarz-Weiß-Rot (6), SPD (6), KPD (4) sowie Unabhängige Evangelische Liste (1). Die erste Sitzung des neugewählten Rates des Stadt wurde für den 31. März angesetzt. Einen Tag davor wurde der NSDAP-Funktionär Wilhelm Maerz vom Düsseldorfer Regierungspräsidenten zum Staatskommissar ernannt und offiziell dem amtierenden OB Dr. Alfred Schmidt zu Seite gestellt. Um seiner völligen Entmachtung zuvorzukommen, bat Schmidt umgehend um seine Beurlaubung. Als kommissarischer OB leitete Staatskommissar Maerz die konstituierende Sitzung des neugewählten Stadtrats. Gemäß Runderlass des preußischen Innenministers waren die vier kommunistischen Abgeordneten im Vorfeld von der Teilnahme ausgeschlossen worden. Die sechs Sozialdemokraten blieben der Sitzung kollektiv fern.

Neben der Verpflichtung der neuen Stadtverordneten und Ausschusswahlen standen zwei Anträge des NSDAP-Abgeordneten Camphausen auf der Tagesordnung. So wurde einstimmig (!) beschlossen, Reichskanzler Hitler und Reichspräsident Hindenburg zu Ehrenbürgern der Stadt Mülheim zu ernennen. Der zweite Antrag forderte, dass sämtliche Dienststellen der Stadtverwaltung und deren Mitarbeiter ihren Bedarf nur bei ortsansässigen Geschäften des deutschen Mittelstandes decken sollten, wobei "Warenhäuser, Judenläden und Judenunternehmungen" von den Lieferungen auszuschließen seien. Gegenstimmen zu diesem Antrag gab es keine, lediglich Enthaltungen der Evangelischen Liste sowie der Zentrums-partei. ... Im Dez. 1933 kam es zu einer einschneidenden Änderung des Kommunalwahlrechts. Der OB wurde fortan nicht mehr vom Stadtrat gewählt, sondern durch den preußischen Innenminister ernannt. Stadtverordnete wurden nicht mehr gewählt, sondern vom RP auf Vorschlag der örtlichen Gauleitung ernannt. **Damit waren auch die letzten demokratischen Elemente auf kommunaler Ebene beseitigt.**

Einlegeblatt doppelseitig

**M ü l h e i m e r
B ü r g e r -
I n i t i a t i v e n** ●

**F r a k t i o n i n R a t u n d
B e z i r k s v e r t r e t u n g e n
d e r S t a d t M ü l h e i m a . d . R u h r**

**F r a k t i o n s b ü r o : K o h l e n k a m p 1
4 5 4 6 8 M ü l h e i m / R u h r**

T e l e f o n : 0 2 0 8 - 3 8 9 9 8 1 0

T e l e f a x : 0 2 0 8 - 3 8 9 9 8 1 1

M B I

e - m a i l : f r a k t i o n @ m b i - m h . d e

h t t p : / / w w w . m b i - m h . d e

Mülheim: Wenn der Stadtrat den Rest an Würde einbüßt

Mülheim, einst die "sympathische Stadt", in 2018: Die widerliche OB-Treibjagd oder: Die pietätlose OB-„Affäre“ ist bezeichnend für eine SPD im Selbstmordmodus und es schädigt das Ansehen von Demokratie und Rechtsstaat erheblich!

Die künstlich aufgebauschte Mülheimer OB-„Affäre“ wurde über 2 Stunden im Hauptausschuss und ganze vier Stunden im Rat rauf und runter gelabert ohne den geringsten Erkenntnisgewinn in der Sache. Einiges konnte man auf seitenlangen Artikeln in WAZ oder Mülheimer Woche nachlesen, fast alles genauso beschämend. Zu allem Überflus wollen die verirrten und verwirrten „Volksvertreter“ im Rat nach der Sommerpause auch noch weitermachen mit dem großen Ablenkungsmanöver davon, dass sie die Stadt ansonsten vor die Wand gefahren haben. Im Bild rechts der gejagte OB und sein Haupt-Meuchler.



Ich selbst, MBI-Sprecher Lothar Reinhard, habe die widerliche Ratssitzung nach über 3 Stunden fast endloser Versuche, den OB so fertig zu machen, dass er zurücktritt, u.a. mit dem Hinweis verlassen, dass diese Ratssitzung eher an eine geschlossene Abteilung erinnere, und zwar einmal, weil der Rat sich nur mit sich selbst beschäftigt und zum zweiten, weil das kindische bzw. feindselige Niveau nur noch abstoßend war bzw. ist. Als erwachsener Mensch ist mir meine verbliebene Lebenszeit zu schade, um an Suizidkommandos einer untergangswilligen SPD oder an den Mobbing- und Ränkespielen einer verselbständigten Bürokratie teilzunehmen oder gezwungenermaßen das alles stundenlang ertragen zu müssen. Und wenn man als Unbeteiligter Aufhören sagt, ist man der nächste, der ins Visier der Hächer gerät und Gefahr läuft, dann ebenfalls an den Pranger genagelt zu werden. Diese OB-„Affäre“ ödet mich nur noch an. Menschlich ist das unter aller Sau, doch was mich am stärksten beunruhigt, ist der dramatische Niedergang selbst der Rest-Demokratie vor Ort und die Missachtung rechtsstaatlicher Grundsätze, von wegen Unschuldsvermutung oder Verhältnismäßigkeit der Mittel und Methoden, nur noch:

Der Zweck („Weg mit dem OB“) heiligt die Mittel (Gerüchte, Andeutungen, Aufbauschung von Lapalien)!?

Das hatte Deutschland schon mal als Leitspruch, hat in den Untergang geführt und ist laut unserem Grundgesetz in der nachfolgenden Bundesrepublik eigentlich nicht gestattet.

Worum aber geht es eigentlich, was seit Ende Mai Stadt und Medien tagtäglich so beschäftigt und in Atem hält? Immer neu mit den immer gleichen altbekannten Lapalien und heftig unter der Gürtellinie wird Stimmung gemacht, nur weshalb wirklich und mit welchem Ziel? Der OB (gleichzeitig auch SPD-Parteivorsitzender) macht dennoch bisher keine Anstalten, die Brocken hinzuschmeißen, warum auch.

Im Gegensatz zu seiner Vorgängerin ist OB Scholten freundlicher und umgänglicher, halt weniger „Basta“ oder Sonnenkönig/in. Doch die Erblast aus den 13 Jahren seiner Vorgängerin ist ein großer Scherbenhaufen, der sich solange weiter auftürmt, wie „Weitermachen wie gehabt“ angesagt ist. Doch das ist kein hervorstechendes Merkmal der Scholten-Regentschaft, sondern von der großen Mehrheit in Verwaltung und Rat. Es sind vielmehr die Dezernenten, die die Stadt in immer neue Abenteuer trieben und treiben wie die mutwillige VHS-Zerstörung, eine orientierungslose ÖPNV-Politik, ein weiteres Aufblähen der Beschäftigtenzahl, eine immer chaotischere Bildungspolitik, eine Flächenpolitik fast nur für Immobilienspekulanten uswuf.. Man kann dem OB vorwerfen, seine Dezernenten nicht aufgehalten zu haben, b.w.

doch wie sollte der OB, selbst wenn gewollt, das tun, wenn die großen Ratsmehrheiten von SPD, CDU, Grünen, BAMH und meist auch FDP fast immer brav abnickten.

Zur Erinnerung zurück zur OB-„Affäre“:

Als der OB nach einer Operation im April krank geschrieben war und zusätzlich noch den Tod seiner Frau verkraften musste, legte die bösartig inszenierte Kampagne mit voller Wucht und riesigem Mediendonner gegen ihn als Person los, angeführt von dem SPD-Fraktionsvorsitzenden, seinem Geschäftsführer und Ratskollegen sowie den beiden SPD-Dezernenten der Stadt. Es ging vordergründig um lange vorher bekannte Mängel des OB-Büros bei den Spesenquittungen seiner Verfügungsmittel. Nun bestand wegen der OB-Abwesenheit keine akute Gefahr, dass er neue, erneut nicht ausreichend dokumentierte Ausgaben tätigen könnte. Ebenso hätte der SPD-Kämmerer Mendack alles längst bereinigt haben müssen, denn bereits 1 Jahr zuvor hatte das Rechnungsprüfungsamt das angemahnt, was im Übrigen auch in den ganzen Jahren zuvor bei den Verfügungsmitteln des/der OB nie gefordert wurde, also auch nicht, als die beiden SPD-Dezernenten nacheinander die Referenten der ex-OB Mühlenfeld waren.

Das schwerstmögliche Geschütz fuhr die SPD auf Selbstmordtrip über ihre beiden Dezernenten auf, sicherlich von längerer Hand geplant. Unter dem reißerischen Titel „OB unter Verdacht der Veruntreuung“ folgte gleichzeitig mit den Medien inkl. Bildzeitung die Einschaltung der Aufsichtsbehörde, die Einschaltung der Staatsanwaltschaft und die eigenmächtige Beauftragung einer externen Prüfungsgesellschaft zu zweieinhalb Jahren Ausgaben der Verfügungsmittel des OB und der Kernfrage, ob Dienstvergehen und Veruntreuung von Geldern vorlägen.

22 Seiten wenig aussagekräftiger „Expertise“ +116 Seiten mit Quittungen legte das Büro nach 3 Wochen „Prüfung“ vor, was noch am gleichen Tag den Medien zugänglich gemacht worden war. Ab jetzt konnten selbsternannte „Enthüllungs-Journalisten“ sich immer aufs Neue aufgeilen z.B. an verkonsumiertem Wein bei Geschäftsessen, wo nicht angegeben war, wer genau wieviel Wein getrunken hatte. Mal druckten die

WAZ auch die Rechnung einer Pizzeria ab usw. und **Nur noch oberpeinlich und beschämend. Es geht um insgesamt 8.500 € Ausgaben in zweieinhalb Jahren als „Verfügungsmittel des OB“, bei denen nicht auf der Quittung angegeben ist, für welchen Zweck und mit welchen Teilnehmern.**

Das wäre zweifelsfrei ohne großen Aufwand reparabel gewesen, wenn man es gewollt hätte!

Die Mülheimer SPD in ihrem Lemminge-Modus hatte sich bereits selbst logischerweise paralyisiert. Nun kam die große Stunde des penetrant profil-süchtigen Herrn Hartmann (in der CDU nix geworden, mit der Wählergemeinschaft WUB grandios gescheitert, dann AfD, von ihm persönlich wieder zerlegt, jetzt BAMH=“Bürgerlicher Auf-(Ab)bruch Mülheim“ als Überläufer-Sammelbecken), der für den „Macht Scholten den Garaus“-Teil der SPD-Fraktion (WAZ-Zitat aus einer SPD-Fraktionssitzung) in die Bresche sprang und von den WAZ-Medien dafür massiv hofiert wurde. Hartmann kannte „zufällig“ auch alle Gerüchte und kleinkarierten Andeutungen, die die SPD-Intriganten in Rathaus und Stadt in Umlauf gebracht hatten. (Hoffentlich nicht auch noch von der Staatsanwaltschaft in Duisburg, seiner Arbeitsstätte)

Das ganze Spektakel ist eine Mischung aus Voyerismus mit niedersten Motiven und dem Versuch, an einer Art Polit-Dschungelcamp live beteiligt zu sein.

Was aber immer noch ein Rätsel bleibt, ist die Frage, warum wirklich und mit welchem Ziel das gesamte würdelose Spektakel dieser sog. OB-„Affäre“ veranstaltet und immer aufs Neue hochgekocht wird. Wer will z.B. eigentlich unbedingt OB-Neuwahlen und für welche/n Kandidaten? Vielleicht will das aber auch überhaupt keine/r



Kämmerer Mendack, bekanntlich kein Experte für diesen anspruchsvollen Posten in einer sogar bilanziell überschuldeten Großstadt und ohne ordentliches Bewerbungsverfahren dazu gemacht, gießt weiter mächtig Öl ins Feuer bei der Jagd auf seinen Vorgesetzten. Beamtenrechtlich muss man Mendack und seinem Dezernatskollegen Ernst vorwerfen, mit ihrem Vorgehen massiv gegen die Verschwiegenheits- und Treuepflichten verstoßen zu haben, ganz unabhängig von dem schweren Schaden, den die beiden hauptverantwortlich und ohne Not der Stadt und der Demokratie zugefügt haben.

Das führt zurück zu den beiden Kernfragen: Wem ist OB Scholten zu sehr auf den Schlips getreten, wem stand er bei was im Wege, dass ihm mit derartiger Penetranz „jetzt der Garaus gemacht werden muss“, wie das Teile „seiner“ SPD-Fraktion fordern. Nach vielen Stunden Sitzung und ganzen Zeitungsseiten scheint mir Scholten selbst das auch nicht zu wissen, umso schlimmer. Die zweite Frage, auf was die Initiatoren und Anheizer der gesamten Intrige denn hinaus wollen, außer „dem OB den Garaus zu machen“, steht sogar noch mehr in den Sternen als die erste!